

**HESSISCHER LANDTAG****Änderungsantrag**21.01.2021
HHA**Fraktion DIE LINKE**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 20/4214 zu Drucksache 20/3978

Inhalt des Antrags: **Personalausstattung im Justizvollzug**Einzelplan **05** **Hessisches Ministerium der Justiz**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 0505 Justizvollzug
Buchungskreis: 2450

Produktnummer lt. Leistungsplan alle Produkte

Bezeichnung lt. Leistungsplan divers

Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:

Die Mittel werden aufgewendet, um die Aufgabensteigerung des Vollzugspersonals durch die Änderung der Vollzugsgesetze und den Krankenstand mit der Schaffung von 10% neuer Stellen auszugleichen.

Kameraler Haushalt:**Beträge in EUR**

Titel	Zweckbestimmung	von	um	auf
422	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	112.648.000	+11.264.800	123.912.800

Der Wirtschaftsplan und der kameraler Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Die Mittel sind aufzuwenden für eine Aufstockung des Personals im allgemeinen Vollzugsdienst sowie zur Schaffung weiterer neuer Stellen im psychiatrischen Dienst und Sozialdienst. Mit der Änderungen der Vollzugsgesetze wurden die Aufgaben erweitert ohne dies personell abzudecken. Es müssen mehr Sozialarbeiterstellen zur Klärung der Wohnsituation – keine Entlassung in die Obdachlosigkeit – und der Organisation der Krankenversicherung geschaffen werden. Zudem muss für den Fall, dass als ultima ratio eine Fixierung angeordnet wird entsprechend medizinisch ausgebildetes Personal verfügbar sein.

Wiesbaden, 21.01.21

Für die Fraktion
DIE LINKE
Die Fraktionsvorsitzende:

Janine Wissler